

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 62 (1970)
Heft: 9

Artikel: Der technische Fortschritt und seine Einflüsse auf Gewerkschaft und Unternehmung
Autor: Ducommun, Charles-Frédéric
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354461>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDschau

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

ZWEIMONATLICHE BEILAGE: «BILDUNGSARBEIT»

HEFT 9 - SEPTEMBER 1970 - 62. JAHRGANG

Der technische Fortschritt und seine Einflüsse auf Gewerkschaft und Unternehmung

Um im Rahmen einer Politik der Umschulung und Weiterbildung den ihnen zukommenden Teil an Verantwortung übernehmen zu können, werden die Gewerkschaften, besonders in der Privatwirtschaft, ihre Basis erweitern und das Gespräch mit den führenden Männern der privaten und öffentlichen Wirtschaft neu aufnehmen müssen. Diese beiden Forderungen seien im folgenden näher dargelegt und entwickelt.

Forderungen der europäischen Wirtschaft

Deutlich zeigt die Auseinandersetzung um Fiat, Michelin-Citroën, welches die Forderungen der europäischen Wirtschaft heute sind. Ein Ueberleben scheint nur noch für Kleinbetriebe und Riesenunternehmen gesichert. Die internationale Wirtschaft, so brachte es der Wissenschaftsattaché der Schweizer Botschaft in Neuyork in seinem letzten Rapport zum Ausdruck, ist in eine neue Phase eingetreten, die man als die der multinationalen Unternehmungen bezeichnen kann. Die multinationalen Unternehmen, diese Giganten der Wirtschaft, heissen IBM, Dupont de Nemours, General Motors, Shell, Philips. Aber auch Nestlé, die Basler Chemische Industrie, Brown Boveri, Sulzer, Alusuisse, Holderbank usw. gehören dazu. Alle haben sie eines gemeinsam: ihre Produktionskapazität, das heisst ihre Produktionszentren sind über die ganze Welt verteilt. Nestlé zum Beispiel verfügt gegenwärtig über 225 Fabriken mit ungefähr 95 000 Angestellten. Die Generaldirektion sowie die technische und die Finanzdirektion sind hingegen an einem einzigen Ort konzentriert. Ein amerikanischer Wirtschaftsfachmann hält dafür, dass die amerikanische Produktion heute zu 50 Prozent durch ganze 500 Grossunternehmen hervorgebracht wird.

Die Entwicklung in Richtung auf diese Grossunternehmen, diese Konzentrationen, vollzieht sich so rasch und zeichnet sich so deutlich ab, dass man die Prophezeiung hören kann, in zwanzig Jahren würden 600 bis 700 multinationale Wirtschaftsgruppen drei Viertel des Umsatzes an Fertigfabrikaten der westlichen Welt decken. Um innerhalb dieser internationalen Konzentration zum Erfolg zu kommen, müssten die Schweizer Gruppierungen in entsprechend grosser Massierung mit dabei sein und eine hochstehende Technologie aufweisen. Aus der Presse weiss man zum Beispiel, dass Nestlé mit Standard Oil einen Vertrag abschloss, der den Entzug von Protein aus Erdöl zum Gegenstand hatte. Auch zwischen Hoffmann-La Roche und Unternehmungen wie RCA (Radio Corporation of America) stellen wir derartige Verbindungen fest, die der Anwendung der Elektronik auf medizinischem Gebiet dienen sollen. Interessant ist dabei, dass heute bereits Fabrikanten von medizinischen Produkten mit Fabrikanten von Radio-Geräten zu einem Einverständnis kommen müssen. Ich möchte hier auf andere Konzentrationserscheinungen dieser Art nicht weiter eingehen; sie stellen bereits ein Bild der Welt von morgen dar.

Das Verschwinden der mittleren Unternehmen

Es liegt nicht in meiner Absicht, eine Erklärung für die Schwierigkeiten zu geben, welche die mittleren Unternehmen der Schweiz bereits zu verspüren bekommen. Aber soviel ist sicher: bald wird man entweder ganz gross oder ganz klein sein müssen. Mehrere unserer Schweizer Unternehmungen sehen sich jetzt schon gezwungen, wichtige Aufträge zurückzuweisen, weil sie nicht über die nötige Produktionskapazität verfügen¹. Die Produktionskapazität eines mittleren Unternehmens mit 800 bis 900 Arbeitern ist zu niedrig und gleichzeitig auch wieder zu hoch; ein solcher Betrieb hat ja bereits unter der Schwerfälligkeit zu leiden, die die Spezialisierung für die Leitung der verschiedenen Abteilungen mit sich bringt. Uns interessiert aber jetzt vor allem die Machtposition dieser multinationalen Grossunternehmen, dieser eben erwähnten 700 Giganten, in deren Schatten Millionen anderer Betriebe leben werden. Alle Konzentrationen dieser Art schaffen Unruhe unter den Kadern der bestehenden Unternehmen und unter all denen, die dort als Lohnempfänger jeder Kategorie arbeiten. Wird ein Unternehmen durch ein anderes, grösseres absorbiert, dann erhebt sich die Frage: «Was werden die neuen Herren mit uns anfangen?» Und die Gewerkschaften ihrerseits fragen sich,

¹ Ich denke hier besonders an eine bestimmte Industrie, die sehr bedeutende Aufträge aus Deutschland und den Oststaaten erhält und diese Aufträge beim besten Willen nicht annehmen kann.

wie sie das Gespräch mit diesen multinationalen Gesellschaften in Gang bringen können.

Unruhe bei den Gewerkschaften

Unter dem Titel «Ein Eheversprechen, das zu reden gibt» schrieb unlängst der Redaktor einer Zeitung aus der Umgebung von Lausanne folgendes: «Die leitenden Männer der europäischen Industrie sind nicht als einzige beunruhigt. Bei Citroën wie bei Fiat geben die Gewerkschaften ihrer Befürchtung wegen der im Gang befindlichen Fusionen und Konzentrationen Ausdruck und zeigten die Gefahr internationaler Abmachungen auf, welche über das Schicksal der Arbeiter verfügen, ohne die Betroffenen zu befragen.»

In anderen Bereichen dagegen kommt das Gespräch dank der Hellsichtigkeit bestimmter Gewerkschaftsführer des privaten Sektors in Gang, man denke zum Beispiel an die Bemühungen von alt Nationalrat Adolphe Graedel, bis vor kurzem Generalsekretär des Internationalen Metallarbeiter-Bundes. So hat, auf seine Anregung hin, die Generaldirektion der Philips AG im Jahre 1969 zum ersten Mal die Gewerkschaftsdelegierten von zwanzig europäischen Filialbetrieben in Eindhoven versammelt. Andere Treffen dieser Art werden folgen, und die Tendenz zum Multinationalismus auf höchster Ebene bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird allem Anschein nach später in der gesamten elektrotechnischen Industrie sichtbar werden. Das heisst, alle leitenden Ausschüsse des SMUV (des Metall- und Uhrenarbeiterverbandes) in der Schweiz, in Deutschland und Oesterreich werden eine Art Arbeitnehmersausschuss ihres Verbandes für Europa bilden, um dann auf europäischer Ebene mit Philips über alle grossen Zukunftsprobleme der Firma und der Zehntausende Philips-Arbeiter in Europa diskutieren zu können. Von multinationalen Gesamtarbeitsverträgen ist noch nicht die Rede, weil sich die lokalen Unternehmensleitungen in den europäischen Ländern vorerst noch wie nationale Unternehmungen verhalten. Noch werden sie – wenigstens im Augenblick – durch das Stammhaus nicht ferngesteuert. Dagegen empfanden die Arbeitnehmer sehr wohl, dass auf der höheren Ebene der allgemeinen wie der Investitionspolitik, des umfassenden prospektiven Verhaltens und der Expansion jedes im lokalen Bereich geführte Gespräch nur ein Dialog mit Marionetten sein könnte. Es leuchtet ein, dass der Metall- und Uhrenarbeiterverband von La Chaux-de-Fonds die Direktion von Philips in La Chaux-de-Fonds nicht nach den Plänen und Vorhaben der Holding-Gesellschaft fragen könnte. Der herkömmliche Dialog auf Landesebene genügt nicht mehr. Heute lassen die Arbeiter eine Verlegung von Produktionszentren oder deren übermässige Aufblähung, ihre Schwächung oder gar ihr Verschwinden nicht mehr zu, ohne dass zuvor die Gewerkschaft angehört wird. Sie lehnen also eine unkontrollierte

Freiheit für die grossen Unternehmungen ab und verlangen, wenn nicht konsultiert, so doch wenigstens informiert zu werden. Auf längere Sicht stellt sich hier also das Problem der Mitbestimmung auf internationaler Stufe.

Eines Tages dürfte sich dieselbe Situation auch auf der Ebene der öffentlichen, namentlich der Regiebetriebe ergeben.

Die Gewerkschaftsoffensive

Die Offensive der Gewerkschaften interessiert natürlich die politisch führenden Kreise, kann doch die Verfügungsgewalt der 700 Grossfirmen unberechenbare Folgen zeitigen. Was man alles damit anfangen kann, ist leicht vorstellbar; in Süd- und Zentralamerika ist es übrigens bereits deutlich zu sehen. So sagte mir kürzlich ein süd-amerikanischer Student über die grossen amerikanischen Trusts: «Sie machen bei uns, was sie wollen!» Es wird jedem einleuchten, dass vor der wirtschaftlichen Macht dieser grossen Organisationen und gewaltigen Unternehmen die Möglichkeit einer politischen Mitbestimmung als lächerlich geringfügig empfunden wird. Daher rührt ja auch dann der Zerfall des staatsbürgerlichen Bewusstseins. Nun sind wir Schweizer aber in der glücklichen Lage, den Nordamerikanern mit gleicher Münze zurückzahlen zu können. Wenn sie bei uns investieren und auf einigen Sektoren der Wirtschaft das Kommando führen – die Genfer wissen es, und die Zürcher desgleichen; ich denke nur an Chrysler, an Du Pont de Nemours oder andere – dann haben wir, bei Wahrung aller Proportionen, die Genugtuung möglicher Gegenzüge, das heisst auch wir investieren und kommandieren jenseits unserer Grenzen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen mehrerer Industriestaaten. Pro Kopf der Bevölkerung sind wir grössere Investoren als jedes andere Volk. Wir haben mehr als tausend Schweizer Unternehmen im Ausland, die von Schweizern geleitet werden, und sicher ist es interessant, festzustellen, dass wir, bei 700 000 Fremdarbeitern in der Schweiz, rund 600 000 Menschen in Schweizer Fabriken im Ausland beschäftigen. Das ergibt zusammen 1 300 000 Seelen. Multipliziert man diese Zahl mit der Anzahl der dazugehörigen Frauen und Kinder, so erhält man eine Bevölkerungsziffer, die nicht viel unter der unserer einheimischen Schweizer Bevölkerung liegt. Bei keinem anderen Volk tritt dies so in Erscheinung, so dass man scherzhaft sagen könnte, die Schweiz sei pro Kopf der Bevölkerung das imperialistischste Volk der Erde. Man soll die Dinge ruhig beim Namen nennen: Wir sind nur 6 Millionen, da fällt so etwas nicht weiter auf. Aber wir können von Glück sagen, dass nicht auch die Amerikaner in derartigen Proportionen auftreten.

Die Amerikaner besitzen in der Welt alle möglichen Arten von Unternehmungen; teilt man das im Ausland befindliche amerikani-

sche Vermögen durch 200 Millionen Amerikaner, so kommt man auf einen Betrag von 500 Dollar pro Kopf der Bevölkerung. Dividiert man hingegen nur das ausserhalb unserer Grenzen, im Ausland, angelegte Schweizer Vermögen durch die 6 Millionen Einwohner der Schweiz, so kommt man nicht etwa auf 500 Dollar wie bei den Amerikanern, sondern auf 1500 Dollar. Mit anderen Worten, wir brauchen besonders unter den Kadern der Schweizer Industrie keinen Minderwertigkeitskomplex zu haben. Der Schweizer Ingenieur neigt im Gespräch mit einem Ausländer leicht zum Chauvinismus und selbst wenn er bei Chrysler oder Du Pont de Nemours in Genf oder bei RCA oder bei Monsanto Chemical in Zürich arbeitet, spricht er gern von unserer Chemischen Industrie, von der Uhrenindustrie und von unseren Präzisionsinstrumenten. – Diese 700 Riesenunternehmen, die in einigen Jahren die Welt der Wirtschaft regieren werden, stehen – das sei noch angemerkt – unter einer internationalen Führung, die nicht zwangsläufig amerikanisch ist und in die bereits zahlreiche Europäer eingedrungen sind.

Gewerkschaftliche Beteiligung

Indessen bietet dieser sich auch Nichtamerikanern eröffnende Zugangsweg zu den Führungsstäben nicht genügend Sicherheit für ein Gleichgewicht der Kräfte. Sicher kann die gewerkschaftliche Beteiligung, von der soeben gesprochen wurde, im Interesse der europäischen Länder leistungsfähiger sein, weil sie sich systematischer, allgemeiner vollzieht. Gewerkschaftliche Beteiligung ist aber nur unter der Bedingung möglich, dass die Gewerkschaften Antriebskraft sind, das heisst, dass sie den technischen Fortschritt und die wirtschaftliche Expansion nicht bremsen. Eine weitere Bedingung wäre, dass die internationalen Führungsstäbe der Gewerkschaften über eine genügende Anzahl qualifizierter Wirtschaftsfachleute und Wissenschaftler verfügen, um ihrerseits mit ebenbürtigen Kräften ein Gespräch über die Methoden der Geschäftsführung dieser grossen Wirtschaftseinheiten führen zu können, welche jetzt zu einem Prozess der Kristallisation und Strukturierung gezwungen sind. Hier liegt ein Hauptproblem und hier stellt sich die Vertrauensfrage. Die im allgemeinen, ihrer Theorie und ihrem Geist nach fortschrittlich eingestellte Welt der Gewerkschaften legt manchmal Bremsklötze unter die Räder, was aber nur jene in Erstaunen versetzen kann, denen die Geschichte der Gewerkschaften nicht bekannt ist. Wer sie kennt, weiss sehr gut, wie man sich von Unternehmerseite oft recht rücksichtslos über das Schicksal der Arbeiter hinwegsetzte.

Die politischen Kräfte und ihre Verantwortung

Im Nachkriegseuropa finden wir eine durch Studium und Forschung nur ungenügend vorbereitete Umschulung, sowie nutzlose

Umsiedelungen. Als Beispiel seien nur die Ereignisse im nordfranzösischen Kohlenbergbau erwähnt, die der allen Schweizern bekannte Louis Armand mit Recht verurteilte. Politiker, Verwaltungsfachleute und gesetzgebende Gremien tragen also eine schwere Verantwortung hinsichtlich des Verhaltens der Arbeiter. Auch muss die Notwendigkeit einer vermehrten Produktivität durch Arbeitnehmer wie Arbeitgeber als ein Mittel anerkannt werden, um einerseits die tägliche Mühe der Arbeitnehmer zu erleichtern und andererseits deren Leistungsfähigkeit mit Hilfe der Wissenschaft zu verbessern. Sicher tragen hier die Arbeitgeber eine grosse Verantwortung und wenn sie ihr Bemühen um Produktivität nicht in erster Linie als eine Möglichkeit sehen, um dem Arbeiter Erleichterung zu verschaffen, dann wird es Widerstand von dieser Seite geben.

Die verantwortliche Aufgabe der Gewerkschaften besteht darin, immer wieder in Erinnerung zu rufen, dass das Schicksal eines jeden Volkes vom Grad seiner Leistungsfähigkeit abhängt. Ein unterentwickeltes Land nämlich ist nichts anderes als ein Land ohne Leistungsfähigkeit.

Die neue Gesellschaft

Innerhalb einer gut organisierten Gesellschaft ist der technische Fortschritt sehr wohl mit einem Wirtschaftswachstum ohne Erschütterungen vereinbar. Natürlich macht er gewisse Arbeitsplätze überflüssig; in den PTT-Betrieben beispielsweise wird er bestimmte Beschäftigungen zum Erliegen bringen, er wird aber auch neue schaffen. Ich denke an all die neuen Berufe, die vom Computer, vom Radio und Fernsehen herkommen oder von ihm abhängig sind. Tagtäglich entstehen neue Berufe in der Welt, da gibt es Weltraumingenieure, da finden wir in den Filmstudios Scriptgirls; all das sind Berufe, die unsere Grossväter und Grossmütter noch nicht kannten.

Die englischen trade-unions, die Gewerkschaften, die Herrn Wilson das Leben schwer machten, weil sie den technischen Fortschritt bremsen, lassen sich nicht davon abbringen, dass diese Entwicklung einzig nur dazu angetan sei, Arbeitsplätze aufzuheben. Mit einer solchen Haltung aber sägen sie sich den Ast ab, auf dem sie sitzen. Man kann froh darüber sein, dass diese englische Haltung nicht auch in der Schweiz Platz greift. Unsere englischen Freunde sind auf dem falschen Weg. Sie lehnen den technischen Fortschritt ab und zwingen so die Unternehmungen, entweder veraltete, unzeitgemässe oder zu teure Produkte zu liefern, was wiederum die immer wiederkehrenden Wellen von Arbeitslosigkeit in England erklärt, welche die Gewerkschaften ja gerade verhindern wollen. Die Zahl der Arbeitslosen ist beträchtlich, und die Arbeitslosen selbst befinden sich – besonders in Ländern, wo der technische Fortschritt sich nicht entfalten kann – in einem bedauernswerten Zustand; ich denke dabei vor

allem an die Länder der dritten Welt. Ich glaube, ich kann es hier ganz deutlich sagen: die Art, wie die englischen Arbeiter protestieren und lautstark nach einer illusorischen und trügerischen Geruh-samkeit als Zuflucht rufen, erscheint mir – ich gebrauche absicht-lich ein starkes Wort – ganz einfach reaktionär. Für den Augenblick retten sie ihre Haut, auf lange Sicht aber verlieren sie alles. Man fühlt sich manchmal tatsächlich in die Zeit zurückversetzt, da man bei uns die Baggermaschinen boykottierte. Aber damals war eine derartige Haltung der Gewerkschaften verständlich, es gab ja keine Umschulungsmöglichkeiten. Das ist ein technisches Problem und es berührt ganz Europa; die Schweiz, Schweden, Holland haben es bes-ser gelöst als andere Länder. Der Unterschied in der Lebenshaltung ist offenkundig. Zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada auf der einen, Schweden, Schweiz und Holland auf der anderen Seite ist er weniger gross, weil unsere Industrien den Mut hatten, neue Methoden anzuwenden. Wie die Schweden waren auch wir zu schwach, um uns auf dem Gebiet der Präzisionsinstrumente und Maschinen gegen die internationale Konkurrenz abschirmen zu kön-nen; es gab in dieser Hinsicht für uns schon lange keine Zollschrän-ken mehr. In Frankreich dagegen, wo man heute genug Gelegenhei-ten für eine nationalistische Politik hinter den Zollschränken findet, sind die Industriebetriebe altmodisch geblieben. Oder um es ganz deutlich zu sagen: Denkt man an Frankreichs natürliche und gei-stige Hilfsmittel, dann müsste dieses Land logischerweise das reich-ste Land der Welt nach den Vereinigten Staaten sein. Es ist es nicht, einfach aus Mangel an Leistungsfähigkeit.

Diese Problematik bleibt also nicht nur auf England und Frank-reich beschränkt. Derartige Konflikte sind in Industrieländern an der Tagesordnung, und vielleicht fürchten die französischen oder englischen Arbeiter, die ja genau so intelligent sind wie die unsri-gen, bestimmte Folgeerscheinungen der Technik deshalb so sehr, weil sie nicht genügend soziale Sicherheit zu haben glauben.

Die Lage in der Schweiz

Auch bei uns stellt sich dieses Problem. Da befinden sich zum Beispiel in Lausanne bei den öffentlichen PTT-Betrieben riesen-hafte halbautomatische Briefsortieranlagen, die nur funktionieren können, wenn ihr Betrieb dauernd durch einen Techniker über-wacht wird. Diese Techniker meldeten sich nun eines Tages und be-anspruchten den Posten eines Betriebschefs für sich. Sie führten ihre Unentbehrlichkeit als Techniker ins Feld, wogegen die altge-dienten Beamten auf ihre langjährige Dienst Erfahrung pochten und geltend machten, dass ihnen damit die letzte Aufstiegsmöglichkeit genommen werde, die ihnen bisher offen stand. Um die Verantwor-

tung für das Funktionieren dieser Maschinen voll übernehmen zu können, beanspruchten sie eine zusätzliche elektronische Fachausbildung. Was erscheint nun auf längere Sicht als die logisch zwingendere Lösung? Soll man den Technikern eine Postausbildung geben oder den Postbeamten eine technische Schulung? Wie man sieht, stellen sich hier grosse Probleme, stehen sich doch in diesem Fall Menschen gegenüber, die der gleichen Gewerkschaft angehören. Hier bewahrheitet sich Daniel Alévys berühmt gewordener Satz: «Der wahre Revolutionär ist der Ingenieur, der die Maschinen gebaut hat, nur ist er ein Revolutionär ohne alle Phrasen.»

Auch in unserem konkreten Fall war dieser Ingenieur ein Revolutionär ohne grosse Worte. Er zwingt uns nämlich, dieser Maschine wegen, einiges zu revolutionieren. Die Lausanner Sortiermaschine ist viel zu gross für die Stadt Lausanne, und Lausanne ist viel zu klein für eine Maschine mit einer derartigen Kapazität. Aber es gab nichts anderes auf dem europäischen Markt. Da blieben also nur zwei Möglichkeiten: entweder die Maschine zu reduzieren oder die Stadt Lausanne zu vergrössern. Man wählte die zweite Lösung; man hat Lausanne plötzlich «vergrössert», das heisst – um es ebenso paradox auszudrücken – man betrachtet jetzt einfach die ganze umliegende Region, also die Gegend bis Aigle, bis Nyon, Payerne und Yverdon als Quartiere von Lausanne. Und bald werden bestimmte örtlich gebundene Arbeitsgänge, die bisher in diesen Provinzpostämtern erledigt wurden, auf Lausanne konzentriert. Auch dies ist ein Phänomen, das einer Untersuchung durch Soziologen wert wäre. Aus Beamten, die in einem hübschen Provinzstädtchen lebten, machen wir Bürger einer Grossstadt. Man verstädtert also in gewissem Sinn das Personal, und das stellt uns vor viele neue Probleme.

Es gibt Berufe, die Uebergangsschwankungen aufweisen und die sogar ganz verschwinden können. So war es im graphischen Gewerbe zum Beispiel bisher durchaus möglich, dass der sogenannte Faktor, ein höherer Angestellter und Berufsmann, technischer Direktor oder technischer Leiter der Druckerei werden konnte. Das ist in der Schweiz heute noch fast überall der Fall. In Deutschland aber haben sich in dieser Beziehung bereits Aenderungen ergeben, und nun war man kürzlich auch in einem grossen Zürcher Druckereiunternehmen Zeuge der Ernennung eines neuen technischen Direktors, der nicht mehr zu denen gehörte, die wie bisher die ganze berufliche Stufenleiter emporgestiegen waren. Es handelte sich vielmehr um einen jungen Ingenieur, der als Spezialist für Elektronik die Eidgenössische Technische Hochschule absolviert hatte. Mit anderen Worten, man schneidet plötzlich Angestellten von der Art eines Faktors die Aufstiegsmöglichkeiten ab und betreibt eine Art Politik des Fallschirmabwurfs von Wissenschaftlern in die höheren Führungsstäbe bestimmter Unternehmungen. Es könnten noch zahlreiche Beispiele dieser Art aufgeführt werden.

Schlussfolgerungen

Die vorstehend aufgezeigten Probleme lassen die Vermutung zu, im Laufe der nächsten Jahrzehnte werde sich eine immer stärkere Verantwortlichkeit der Berufsverbände, nicht nur gegenüber ihren Mitgliedern, sondern auch gegenüber der Gesellschaft im gesamten abzeichnen. Die Lösung der sozialen Probleme hängt ja in Zukunft nicht so sehr von den sich ergebenden Machtverhältnissen ab, sondern vielmehr vom geistigen Niveau der Elite und der arbeitenden Massen, vom Ausmass des einer klaren Einsicht entspringenden Vertrauens der Massen zur Elite, von der Einschätzung, die die Gesellschaft den arbeitenden Massen entgegenbringt, und von der Art und Weise, wie diese selbst sich zum einmal akzeptierten Wirtschaftssystem einstellen. Dank erweiterten Informationsmöglichkeiten und verbesserter Ausbildung sollten die Massen somit die Furcht überwinden lernen und der Hoffnung ein dauerhaftes Fundament geben können. Unser Jahrhundert kann – um ein Wort Bavarels aufzugreifen – seine Sendung nur erfüllen, wenn der Mensch sich seiner Eigenständigkeit und Unersetzbarkeit wirklich bewusst ist, wenn er zugleich aber auch erkannt hat, dass er wahre Grösse und Freiheit nur im zwischenmenschlichen Bereich finden kann.

Dr. Charles-Frédéric Ducommun, Chernex/VD